

KPÖ (Opposition) - Entwurf eines Aufrufs zur Gemeinderatswahl -
Bezirksorganisation Voitsberg, Ortsgruppen Tregist und Bärnbach, [April 1928]

4 Seiten, Faksimile

Entwurf. **Arbeiter! Arbeiterinnen! Werkträger!**

Am 29. April wählt ihr den Gemeinderat.

Alle Gemeindepolitik in Österreich bewegt sich heute auf folgenden grundlegenden Tatsachen:

Die Kapitalisten setzen eigens unausgesetzt die Ausbeutung. Sie vereinigen die Produktion in die rentabelsten Betriebe und sperren die andern. Sie rationalisieren den Produktionsprozess und pressen aus den Arbeitern immer höhere Leistungen. Die Profite wachsen. Die Bruttolöhne sinken. Die Fließarbeitszeit der Arbeitslosen wird von Jahr zu Jahr größer.

Um den Fortgang dieser Ausbeutungswirtschaft zu sichern, haben sich unter Führung der Bananen die Grossindustriellen, Grosshändler, Grundbesitzer, Grossbauern zum Rechtsbürgerblock zusammengeschlossen, dessen Ziel ist die Aufrichtung und Aufrechterhaltung der offenen kapitalistischen Diktatur, deren Hauptmittel ist der Faschismus (Heimwehren, Hakenkreuzler, Frontkämpfer, Technische Helfer, Betriebspolizei), während die bürgerliche Demokratie dazu dient den Arbeitern die Augen zu verschließen.

Im Rahmen der Rechtsbürgerblockpolitik besagt sich und muss sich konsequent (Gemeindepolitik der Christlichsozialen, Grossdeutschen, Landbündler und aller wesensverwandten Parteien wie der Nationalsozialisten usw.)

Unsere erste Lösung für die Gemeinderatwahl und für die in der Gemeinde zu teilende Politik lautet daher:

Gegen die Gemeinderatsparteien des Rechtsbürgerblocks!

Die Arbeiterschaft hat die Führung des Abwehrkampfes gegen die unausgesetzte Offensive der Kapitalisten bisher der Sozialdemokratie anvertraut. Aber während die Sozialdemokratie an Mitgliedern, Wahlern, Mandataren ununterbrochen wächst, sinkt die Arbeiterschaft immer tiefer und tiefer. Lediglich Erhöhung verschafft das nur,

Die Bruttolöhne sinken. Für 36 Kronen Wochenlohn konnte sich der qualifizierte Betriebsarbeiter in Wien vor dem Kriege 112 Laih Bret kaufen; heute kann er sich für 50 Schilling Wochenlohn nur 57 Laih Bret kaufen. Die Feuerung allein kommt nicht auf, sind die Bruttolöhne um 30 bis 50 Prozent gesunken. Dazu kommt die Schädigung durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die heute sehr oder weniger jeden Arbeiter treffen, und die noch stärkere Schädigung dadurch, dass die Arbeitsleistung bedeutend mehr gesteigert wird als der Laihlohn.

Die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Die Betriebsunfälle häufen sich. Die Fichte der Betriebsräte werden immer kleiner. So im Betrieb,

und draussen schwillt die Zahl der Arbeitslosen und Ausgestoßenen von Jahr zu Jahr.

Auf dem Markt gilt der ersuchen der arbeiterfrau immer weniger. Fascher als die Soldiöhne klettern die Preise.

An Steuern wird dem Arbeiter immer mehr aufgehalet. Insbesondere an den unsichtbaren, den indirekten Steuern, die Kapitalisten aber steuern immer weniger und kriegen noch dazu Milliarden geschenke.

Bei den Leidzonen, Aextern, Verichten gilt der Arbeiter immer weniger. In der Wehrmacht fliegen die proletarischen Soldaten heraus oder werden in den Selbstmord geworfen. Und wenn sich die Arbeiter rütteln, werden sie abgeschossen wie Hasen. Siehe den 15. Juli,

Die Sozialdemokratie wächst = das Proletariat sinkt.

Wieso kommt das?

Nichtproletarier strömen in grosser Masse in die Sozialdemokratie, in wachsender Zahl sterben zu ihr ^{an} Kleinkapitalisten, die selbst Arbeiter ausbauen.

Innerhalb der Sozialdemokratie aber wächst ein grosser Teil der breiten "Übererelichte zu gehobener kleinbürgerlicher Existenz und bekommt dadurch zwangsläufig kleinbürgerliche Interessen.

Aus einer proletarischen Klassepartei wirdelt sich die Sozialdemokratie immer mehr und immer schneller zu einer kleinbürgerlichen Volkspartei, in der die Arbeiterschaft der grosse Körper ist, der Kopf aber das Kleinstbürgertum.

Die Sozialdemokratische Partei bestimmt ihre Politik letzten Endes nicht mehr nach dem Klasseninteresse der Arbeiter, sondern nach dem Klasseninteresse des Kleinbürgertums. Arbeiterinteressen vertritt sie nur mehr so weit, dass sie die Kleinbürger nicht von sich stösst. Die sozialdemokratische Politik ist von proletarischer Politik übergegangen zur "Volkspolitik".

Auch der Gegensatz zwischen Kleinbürgertum und Grossbürgertum verschärft sich immer mehr. Dennoch steht das Kleinbürgertum letzten Endes auf derselben Boden wie das Grossbürgertum: auf dem Boden des Kapitalismus.

So beugt sich und muss sich vermöge ihrer Klassengrundlage bewegen die ganze sozialdemokratische Politik im Rahmen des Kapitalismus.

Die Sozialdemokratie vertritt Arbeiterinteressen daher nur, soweit das der Kapitalismus nicht gefährdet, mit anderen Worten: soweit das die Profitinteressen der Kapitalistenschlasse zulassen.

Heute steuert die Sozialdemokratie auf eine offene Realitatsregierung, also auf die Schaffung einer Linkskonsolidierung. Allein welche Form einer die sozialdemokratische Politik annimmt, ob sie auftaucht als scharfe Opposition gesteigert bis zur Obstruktion, ob sie sich kleidet als loyale Opposition, so mildert bis zur stillen Koalition, ob sie als offene Koalition auftritt oder

oder sich ~~der~~ hält in die täuschendetö ~~Te~~, in die Form der sozialdemokratischen Mehrheitsrechirung — in allen ihrer Formen hat die sozialdemokratische Politik zum Ausgangs- und ~~z~~iepunkt die Arbeiterarbeit mit den Kapitalisten zur Aufrechterhaltung und Förderung der Kapitalistischen Wirtschaft und gesellschaft.

Am krassesten trat das zu Tage am 15. Juli.

Der 15. Juli hat blutig bewiesen, dass die Sozialdemokratie in ihrem wirklichen Verhalten nicht auf Seite der Massen stand, sondern auf Seite der Pöbel und Ordnung, das ist der Kapitalistischen Pöbel und Ordnung, also auf Seite der Kapitalistenklasse.

So wird es auch sein bei allen künftigen entscheidenden Kämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie und es kann nicht anders sein zufolge des Klassencharakters der Sozialdemokratie.

Unsre zweite Lösung lautet daher:

gegen die bürgerliche Massenvereinigung — den proletarischen Massenkampf
gegen die bürgerliche "Volkspolitik" — die proletarische Massenkampfpolitik
gegen die bürgerliche Volkspartei — die proletarische Massenpartei.

Der Gedanke der proletarischen Massenpartei wurde und wird auf die Rücksicht diskreditiert durch die Österreichische Stalinpartei. Sie hat diesen Gedanken, der gleichbedeutend ist mit der kommunistischen Partei, sie hat den Kommunismus durch ihre Phrasendreherpolitik vor den Massen schwarz kompromittiert. Was sie sich heute wünscht und winden wie sie will, letzteres ist sie heute blind ausführendes Werkzeug des Stalinismus. Sie kann in Österreichischen Farsch die Stalinpolitik durchführen oder maskieren, diese Politik, die die wirklichen Kommunisten (Trotzky) nach Sibirien schickt und unter Misstrau und des kommunistischen Namens in Wirklichkeit immer mehr eine das russische und internationale Proletariat selber schädigende Politik treibt für die Bauern (die Grossbauern) im Dorf und für die Nebourgeoisie (die neue Bourgeoisie) in der Stadt.

Unsre dritte Lösung lautet daher:

gegen den Stalinismus — den Marxismus-Leninismus.

gegen die Stalinpartei — die Leninpartei

gegen die K.P.O. — die K.P.O. (Opposition)

Das Proletariat kann sich befreien nur durch den revolutionären Sturz der kapitalistischen Staatsmacht, durch Aufrichtung der proletarischen Diktatur, des proletarischen Staates, des Proletkultus. Dierem Ziel führt nur der Massenkampf. Der ~~W~~ Schwerpunkt dieses Kampfes liegt in dem Kampf um die Macht außerhalb der parlamentarischen Körperschaften, die Gemeindevertretet gegen Integrifff

Wir wollen in die Gemeindevertretung, um dem proletarischen Massenkampf, Befreiungskampf des Proletariats einen Wfestzpunkt zu gewinnen.

Unsere Politik in der Gemeindevertretung wird zum leiten/den Gedanken das Klassenbewusstsein des Proletariats zu heben, zu stärken. In den konkreten Tagesfragen der Gemeinde werden wir immer den wahren Charakter der grossen (christlichsozialen, grossdeutschen, landbündlerischen, nationalliberalen usw) und der kleinbürgerlichen (sozialdemokratischen) Politik agen und euch dadurch erleichtern die proletarische Front ~~zu errichten~~, zu errichten des revolutionären Klassenkampfes zu erkennen und zu verstärken.

Wie überall so werden wir auch in den Gemeindevertretungen alles tun, erster Linie den Arbeitern, dann aber auch der ärmeren Bevölkerung überhaupt in Stadt und Dorf zu helfen.

Wir werden schliesslich kämpfen für Hilfe den Kleinbauern und Kleinrentnern immer auf Kosten der Kapitalisten.

So und soweit die Sozialdemokratie eintritt für die Klasseninteressen Arbeiterschaft (wie St. Gruerleichterungen, Steuerbefreiungen, Hilfe den Arbeitern, den Schwangeren, den Kindern, -reichen, -sickchen, Erholungsmöglichkeit, für Hilfe den Kleinbauern und Kleinbetreibern auf Kosten der Kapitalisten etc.) so sie sich in ernste Massnahmen gegen den Faschismus bemüht, wird die sozialdemokratische Partei unterstützen, ohne unsre Kritik, vor allem unsre Anstrengungen einzustellen in dieser durch Kampf mehr zu reichen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Euer Interesse fordert, dass irden derart möglichst viele Vertreter der Partei einzuladen, die ihre Politik ausreichend nach den proletarischen Klasseninteressen, die es sich ^{Kleffens} gern wünscht die proletarische Partei aufzubauen und Garantien zu schaffen für dauernd alle solchen zu erhalten. Ebt eure Stimme daher den Gemeinderatskandidaten, deren Zahl wir euch vorschlagen.

Sozialistische Partei Österreichs (Proposition)
"Gesetzgebung im Volksrat"

Ortsgruppe Linz